

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Langguth, Erhard (Bad Schwalbach), Spranger, Dr. Wittmann (München), Dr. Klein (Göttingen), Dr. Möller, Dr. Laufs, Regenspurger, Hartmann, Frau Dr. Wisniewski, Biechele, Niegel und der Fraktion der CDU/CSU

– Drucksache 8/3631 –

Politische Situation an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West)

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 3. April 1980 die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

V o r b e m e r k u n g

Trotz intensiver Bemühungen hat die Bundesregierung eine bundesweit vollständige Dokumentation der Wahlergebnisse zu den Studentenvertretungen nicht ermitteln können. Nur eine solche Dokumentation könnte darüber Aufschluß geben, ob die Annahme der Opposition zutrifft, daß an den meisten Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten) und Sprecherräten der Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland kommunistisch orientierte Gruppen beteiligt seien. Der Eindruck, die Mehrheit der Studentenschaft stehe unter starkem Einfluß kommunistischer Studenten, ist nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen allerdings nicht nur „möglicherweise“, sondern sicherlich falsch.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Durchsetzung demokratischer Positionen in der Studentenpolitik das Ziel aller Studentengruppen ist, die demokratischen politischen Parteien und Kräften nahestehen. Sie ist der Auffassung, daß demokratische Studentengruppen untereinander grundsätzlich koalitionsfähig sind. Sie kann jedoch die von allen demokratischen Studentengruppen in jährlichen Wahlkämpfen und in ständiger

Studentenschafts- und Fachschaftsarbeit geleistete Vertretung demokratischer Positionen nicht politisch benoten; noch weniger kann sie auf die Zusammenarbeit bestimmter Gruppen drängen. Die Bundesregierung hält Anstrengungen aller Parteien für die Stärkung der Arbeit aller demokratischen Studentengruppen für erforderlich und dies für nützlicher, als den Versuch, bestimmten Studentengruppen die Bereitschaft zu demokratischem Engagement abzusprechen.

Überzeichnungen und polemisch überspitzte Bewertungen der politischen Situation an den Hochschulen werden der Verantwortung für die studentische Jugend nicht gerecht. Notwendiges Vertrauen der Bevölkerung in die studentische Jugend und Verständigungsmöglichkeiten gerade auch mit ihrem kritischen Teil werden dadurch aufs Spiel gesetzt. Die Bundesregierung warnt eindringlich davor, um einen Teil der jungen Generation, die später Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen hat, Zäune eines politischen Ghettos zu ziehen. Sie sieht in der Integration der jungen Generation in die demokratische Gesellschaft, auch der jungen Menschen, die vorübergehend extreme politische Standpunkte vertreten, die gemeinsame Aufgabe aller demokratischer Parteien.

- I. 1. Wie ist im bundesweiten Durchschnitt das prozentuale Stimmenergebnis (ausgehend von den abgegebenen Stimmen bei Wahlen zu Studentenvertretungen auf Hochschulebene) der einzelnen Studentenorganisationen, die sich an Studentenvertretungswahlen beteiligen, insbesondere des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), des Sozial-Liberalen Hochschulverbandes (SLH), des Liberalen Hochschulverbandes (LHV), der JUSO-Hochschulgruppen, des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), des MSB-Spartakus, der Basisgruppen, des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) (mit Stichtag 31. Dezember 1979)?

Für eine sachgerechte Beantwortung hinreichende Daten über Stimmenanteile, die bei Wahlen zu den Studentenvertretungen auf die einzelnen Studentenorganisationen entfielen, stehen der Bundesregierung nicht zur Verfügung. Die in den Pressemitteilungen des RCDS veröffentlichten Angaben über Stimmenanteile beschränken sich auf die Wahlergebnisse des jeweiligen Semesters und lassen nicht erkennen, wie und an welchen Hochschulen sie ermittelt wurden.

- I. 2. Wieviel Sitze haben jeweils diese Studentenorganisationen in den Studentenvertretungen der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich derer in Bayern und Baden-Württemberg, wo die verfaßte Studentenschaft durch eine andere Form der Vertretung ersetzt wurde) mit Stichtag des 31. Dezember 1979 errungen?

Die folgenden Angaben sowie die Angaben zu 3., 4., II. 1 bis 3. und 11. stützen sich auf die Übersichten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen nach dem Stand vom Juli 1979. Sie beschränken sich auf Universitäten, Technische Hochschulen und Gesamthochschulen, weil das Datenmaterial für die übrigen Hochschulen lückenhaft ist oder auftretende Gruppierungen und

Listenverbindungen nicht einzuordnen sind. Die Ergebnisse der Wahlen des Wintersemesters 1979/80 sind berücksichtigt, soweit sie durch Mitteilungen von Hochschulverwaltungen, Studentenvertretungen und -organisationen in Erfahrung gebracht wurden und vergleichend geprüft werden konnten. Insgesamt wurden die Angaben zu 56 Studentenvertretungen berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung einer nicht ganz sicher möglichen Zuordnung in Einzelfällen kann von folgender Sitzverteilung ausgegangen werden:

Studentenorganisation	Sitze
Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und RCDS-nah	371
Hochschulgruppen der Jungsozialisten (Juso-HSG) und Juso-nah	260
Unabhängige Gruppen	187
Basisgruppen (BG) und BG-nah	164
Listenverbindungen „AStA und Fachschaften“	143
Fachlich ausgerichtete Gruppen	115
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) und MSB-nah	107
Sozialistischer Hochschulbund (SHB) und SHB-nah	94
Sozial-Liberaler Hochschulverband (SLH) und SLH-nah	75
Gewerkschaftlich orientierte Gruppen (GO), MSB oder SHB-nah	75
Liberaler Hochschulverband (LHV) und LHV-nah	68
K-Gruppen	40
„Grüne“ Listen	21
Hochschulgruppen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und GEW-nah	18
Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV)	8
Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)	3
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	–
Örtliche und nicht einzuordnende Gruppierungen	28

- I. 3. Weiviel AStA- bzw. Sprecherratsmandate entfallen jeweils auf diese Studentenorganisationen (Stichtag: 31. Dezember 1979)?

Die Gesamtzahl der auf die einzelnen Studentenorganisationen entfallenden AStA-, Sprecherrats- und – im Falle Baden-Württembergs – AStA-Vorstandsmandate wird nicht nur durch die Bildung von Koalitionen, sondern auch durch erhebliche Unterschiede des für die Studentenvertretungen geltenden Rechts beeinflusst. Das Verhältnis zwischen der Zahl der Mandate in diesen Organen und der Zahl der Sitze in dem zugehörigen Grundorgan (Studentenparlament, -rat, studentischer Konvent, Allge-

meiner Studentenausschuß) ist an den berücksichtigten Hochschulen teilweise außerordentlich verschieden. Nach den ausgewerteten Angaben wurde an der Universität München bei 109 Sitzen des studentischen Konvents ein nur aus drei Mitgliedern bestehender Sprecherrat gewählt, während an der Universität Bremen bei 25 Sitzen des Studentenrates ein aus neun Mitgliedern bestehender AStA gebildet wurde. Demzufolge hängt die Gesamtzahl der von einer Studentenorganisation erworbenen AStA-, Sprecherrats- und AStA-Vorstandsmandate wesentlich davon ab, in welchem Lande oder an welcher Hochschule sie allein oder mit Koalitionspartnern eine Mehrheit für ihre hochschulpolitischen Positionen in dem jeweiligen Grundorgan finden konnte.

Bei 50 der in der Antwort zu 2. berücksichtigten 56 Studentenvertretungen lagen Angaben über einen ordnungsgemäß gewählt amtierenden AStA, Sprecherrat oder AStA-Vorstand vor. Die Mandate verteilten sich auf die Studentenorganisationen wie folgt:

Studentenorganisationen	Mandate
Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und RCDS-nah	20
Hochschulgruppen der Jungsozialisten (Juso-HSG) und Juso-nah	78
Unabhängige Gruppen	39
Basisgruppen (BG) und BG-nah	39
Listenverbindungen „AStA und Fachschaften“	11
Fachlich ausgerichtete Gruppen	17
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) und MSB-nah	35
Sozialistischer Hochschulbund (SHB) und SHB-nah	27
Sozial-Liberaler Hochschulverband (SLH) und SLH-nah	19
Gewerkschaftlich orientierte Gruppen (GO)	10
Liberaler Hochschulverband (LHV) und LHV-nah	5
K-Gruppen	–
„Grüne“ Listen	–
Hochschulgruppen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und GEW-nah	9
Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV)	–
Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)	–
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	–
Örtliche und nicht einzuordnende Gruppierungen	5

- I. 4. Wie hoch ist an den einzelnen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland die Wahlbeteiligung bei Wahlen für studentische Gremien, und was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Ursachen für die an unseren Hochschulen festzustellende geringe Wahlbeteiligung?

Bei 55 der in der Antwort zu 2. berücksichtigten 56 Studentenvertretungen lagen Angaben über die Wahlbeteiligung vor. Die Beteiligungswerte wiesen folgende Verteilung auf:

Wahlbeteiligung v. H.	unter 25	25 bis 30	30,1 bis 35	35,1 bis 40	40,1 bis 45	45,1 bis 50	über 50
Zahl der Studentenvertretungen an den Hochschulen	13	12	10	7	6	4	3

Die Häufigkeit des niedrigsten Wertes von unter 25 v.H. ist auch durch studentenpolitische Sondersituationen bedingt. Unter den 13 Studentenvertretungen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung waren allein fünf der neun berücksichtigten Vertretungen an Hochschulen des Landes Baden-Württemberg, das die verfaßte Studentenschaft abgeschafft hat. Hier besteht offensichtlich ein Zusammenhang zwischen den Rechten der Studenten und der Wahlbeteiligung. Die höchsten Beteiligungswerte von über 50 v.H. wurden an der Universität Kiel und an den Medizinischen Hochschulen Lübeck und Hannover erzielt. Dies deutet darauf hin, daß der Grad der Wahlbeteiligung auch von der Größe und Überschaubarkeit der Hochschule und der Intensität beeinflußt wird, mit der auf die Wahltermine aufmerksam gemacht wird. An der Universität Kiel waren die Wahlen mit der Rückmeldung gekoppelt. Spitzenwerte von über 50 v.H. werden häufiger noch an Fachhochschulen, also bei relativ kleinen Studentenschaften erreicht.

- II. 1. An welchen einzelnen Hochschulen gibt es sogenannte „Volksfront-Koalitionen“, also gemeinsame Studentenregierungen von Kommunisten mit „sozialdemokratischen“ oder „freidemokratischen“ Studenten?

Die Bundesregierung weist darauf hin, daß an den Hochschulen weder „Studentenregierungen“ bestehen noch „Koalitionen“ von Mitgliedern bestimmter politischer Parteien gebildet werden.

Auf Grund der vorliegenden Informationen kann gesagt werden, daß von sieben der 50 der in der Antwort zu I. 3. berücksichtigten Studentenvertretungen ASten gewählt wurden, an denen neben den Juso-HSG oder dem LHV Vertreter kommunistischer Studentengruppen beteiligt sind. Sie bestehen an den Universitäten Bielefeld, Bochum, Bremen, Hamburg, Mainz, Marburg und Münster.

- II. 2. Bei welchen Wahlen zu Studentenvertretungen haben sich Kommunisten und „sozialdemokratisch“ bzw. „freidemokratisch“ orientierte Gruppen zu gemeinsamen Bündnislisten zusammengeschlossen, d. h., daß sie nicht getrennt, sondern auf einer gemeinsamen Liste kandidierten?

Listen, auf denen Vertreter der Juso-HSG oder des LHV mit Vertretern kommunistischer Studentengruppen kandidieren, kommen nach Kenntnis der Bundesregierung ausschließlich bei Wahlen zu den Studentenvertretungen in Bayern und Baden-Württemberg vor. Bei drei der in der Antwort zu I. 3. berücksichtigten 50 Studentenvertretungen stellen sie nach den ausgewerteten Angaben den Sprecherrat bzw. AStA-Vorstand, und zwar an den Universitäten Bamberg, Hohenheim und Stuttgart.

- II. 3. Welche politische Bewertung nimmt die Bundesregierung gegenüber solchen Volksfrontbündnissen vor?

Die Bundesregierung verweist auf ihre Antworten vom 16. August 1976 (Drucksache 7/5702) zur Kleinen Anfrage der CDU/CSU betreffend „Volksfrontbündnisse an den Hochschulen“, insbesondere auf ihre Antwort Nr. 1. An der dort dargestellten Beurteilung hat sich nichts geändert. Im übrigen sind die in der Antwort zu 2. erwähnten Listenverbindungen zeitlich begrenzte Zusammenschlüsse, bei denen nach Kenntnis der Bundesregierung für die Juso-HSG und den LHV der hochschulpolitische Zweck der Wiedereinführung der verfaßten Studentenschaft in den genannten Ländern im Vordergrund steht.

- II. 4. Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Politik der „Aktionseinheit“ des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), der an den Hochschulen „freundschaftlich“ mit dem DKP-orientierten MSB Spartakus zusammenarbeitet und eine „wichtige Aufgabe“ darin sieht, „die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der SPD zu stärken“ (DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ vom 19. November 1979). Gibt es insbesondere neuere Erkenntnisse, die die bisherige Bewertung, wie sie in den jährlich veröffentlichten Verfassungsschutzberichten zum SHB formuliert wurden, korrigieren könnten?

Zur Politik des „Sozialistischen Hochschulbundes“ (SHB) hat der Bundesminister des Innern zuletzt im Verfassungsschutzbericht 1978 u. a. ausgeführt: „Der ‚Sozialistische Hochschulbund‘ (SHB) mit unverändert 1600 Mitgliedern bezeichnet sich zwar als Teil der Sozialdemokratie, kämpft jedoch wie der MSB auf der Grundlage des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ für eine ‚anti-monopolistische Demokratie‘ als ‚Öffnung des Weges zum Sozialismus‘ und tritt dabei für ein langfristiges, strategisches ‚Bündnis‘ mit den orthodoxen Kommunisten ein. Der SHB erklärte auf seiner 19. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung (28./29. Oktober in Köln), eine demokratische Bewegung, die Kommunisten aus ihren Reihen ausschließe, sei ein Widerspruch in sich. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß einzelne Ortsgruppen des SHB die vom Bundesvorstand vertretene Linie nicht voll mittragen.“

An dieser Beurteilung des SHB hat sich seither nichts geändert.

- II. 5. Aus welchen Quellen finanziert sich der SHB, und gibt es insbesondere Anhaltspunkte – wie z. B. die Drucklegung des SHB-Organs „frontal“ in der DKP-Druckerei Plambeck & Co. – dafür, daß der SHB auch aus dem Bereich der DKP materiell unterstützt wird?

Der SHB finanziert sich nach eigenen Angaben aus Gruppenbeiträgen sowie aus Spenden und Umlagen.

Einen Anhaltspunkt für materielle Unterstützung des SHB durch die DKP gibt der im zurückliegenden Haushaltsplan des SHB ausgewiesene Betrag für das SHB-Organ „frontal“, das in der „Hausdruckerei“ der DKP Plambeck & Co. gedruckt wird. Dieser Betrag ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht kostendeckend.

- II. 6. Welche Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland haben in den letzten Jahren „Freundschaftsverträge“ mit der „FDJ“ der DDR abgeschlossen?

Der Bundesminister des Innern hat in den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre über die durch „Freundschaftsverträge“ geregelten Beziehungen zwischen der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR und dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB) berichtet.

Im selben Rahmen hat er über ein „besonders enges Verhältnis“ zwischen FDJ und SHB (Verfassungsschutzbericht 1977) bzw. über die „unverändert engen freundschaftlichen Kontakte“ zwischen der FDJ und dem SHB (Verfassungsschutzbericht 1978) und die zwischen beiden Organisationen bestehenden Zusammenarbeitsvereinbarungen berichtet.

- II. 7. Welche offiziellen Kontakte zwischen Sozialistischem Hochschulbund (SHB) und Organisationen aus dem Bereich der DDR, z. B. der „FDJ“, gibt es?

Nach Kenntnis der Bundesregierung unterhält der SHB offizielle Kontakte nur zur FDJ. Ausdruck dieser Beziehungen zwischen FDJ und SHB war im Januar 1979 – anlässlich des Besuchs einer FDJ-Delegation in der Bundesrepublik – die gemeinsame Teilnahme an einem Seminar „Lehren und Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus und die Verantwortung von Jugendorganisationen aus Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Kampf für Frieden, Abrüstung und gesellschaftlichen Fortschritt“. Eine FDJ-Delegation nahm an der SHB-Bundesdelegiertenversammlung im Oktober 1979 teil. Im Januar 1980 besuchte eine SHB-Delegation die FDJ zum Meinungsaustausch.

- II. 8. Welchen politischen Stellenwert besitzen die verschiedenen „Freundschaftsverträge“ des SHB mit der „FDJ“ aus der Sicht der SED und der DKP?

Ausdrückliche Erklärungen von SED und DKP zur Einschätzung der Vereinbarungen von SHB und FDJ sind der Bundesregierung nicht bekannt.

- II. 9. Gibt es Hinweise dafür, daß sich SHB-Funktionäre zu Schulungen in der DDR aufhielten bzw. aufhalten?

Die im Verfassungsschutzbericht 1978 erwähnte Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem SHB und der FDJ, die im Oktober 1978 erneuert worden ist, enthält u. a. eine Regelung, wonach der Zentralrat der FDJ Delegationen des Bundesvorstandes des SHB zu Studienaufenthalten in die DDR einlädt. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, ob diese Regelung „Schulungen in der DDR“ im Sinne der Frage dienen soll.

- II. 10. Wie entwickelte sich in den letzten Jahren die Mitgliederzahl des SHB, und wie viele Mitglieder dieser Organisation sind nach Angaben des SHB zugleich Mitglied in der SPD?

Die Entwicklung der Mitgliederzahl des SHB ist in den Verfassungsschutzberichten 1973 bis 1978 dargestellt. Danach betrug die Mitgliederzahl des SHB 1973 etwa 3000. 1975 ging sie auf etwa 1300 zurück und stieg anschließend wieder leicht an, und zwar 1976 auf etwa 1400 und 1977 auf etwa 1600. Seither hat sie sich nicht mehr nennenswert verändert. Im Rechenschaftsbericht an die 20. Bundesdelegiertenversammlung (27./28. Oktober 1979) klagte der SHB-Bundesvorstand über Schwierigkeiten bei der Werbung neuer Mitglieder.

Wieviele Mitglieder des SHB zugleich Mitglieder der SPD sind, ist der Bundesregierung unbekannt. Wegen der verfassungsrechtlich verbürgten Unabhängigkeit der Parteien gegenüber den staatlichen Organen hat sie auch keine Möglichkeit, diese Frage zu prüfen.

- II. 11. In wieviel Fällen ist der Liberale Hochschulverband (LHV) an Koalitionen mit kommunistischen Gruppen beteiligt?

An den zu 1. und 2. genannten Universitäten Bielefeld, Bochum und Hohenheim ist aus den vorliegenden Angaben eine Beteiligung des LHV am AStA bzw. an der den AStA-Vorstand stellenden Listenverbindung ersichtlich.

- II. 12. Inwieweit hat die Theorie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (STAMOKAP) des DKP-nahen „Sozialistischen Hochschulbundes“ die entsprechende STAMOKAP-Fraktion innerhalb der JUSO-Hochschulgruppen beeinflusst, und wie stark ist der Einfluß dieser Fraktion im Hochschulbereich?

Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, die innerverbandliche Theoriediskussion der Juso-Hochschulgruppen zu bewerten.

- II. 13. Wie viele Mitglieder hat gegenwärtig der MSB Spartakus, und wie verlief dessen Mitgliederentwicklung in den vergangenen Jahren?

Der MSB Spartakus hatte nach eigenen Angaben z. Z. seines 6. Bundeskongresses im Oktober 1979 mehr als 5900 Mitglieder.

Zum Zeitpunkt seines Gründungskongresses im Mai 1971 betrug die Mitgliederzahl ca. 1000. In den folgenden Jahren stieg sie kontinuierlich an. Die Entwicklung der Mitgliederzahl ist in den Verfassungsschutzberichten 1971 bis 1978 im einzelnen dargestellt.

- II. 14. Über welche finanziellen Mittel verfügt nach Kenntnis der Bundesregierung der MSB Spartakus, und was ist ihr im einzelnen bekannt, woher diese Finanzmittel stammen?

Eigene Aussagen des MSB über die ihm zur Verfügung stehenden Finanzmittel liegen nicht vor. Nach Einschätzung der Bundesregierung ist der MSB nicht in der Lage, seine Ausgaben mit Hilfe von Mitgliederbeiträgen zu decken. Es ist anzunehmen, daß der MSB als Studentenorganisation der DKP von dieser finanziell unterstützt wird.

- II. 15. Finden politische Schulungen für Mitglieder des MSB Spartakus in der DDR oder in der Sowjetunion statt, wenn ja, in welchem Ausmaß?

Da Mitglieder des MSB häufig auch in der DKP organisiert sind, kann davon ausgegangen werden, daß MSB-Mitglieder an Lehrgängen zur Schulung von DKP-Angehörigen in der DDR und in der Sowjetunion teilnehmen. Ein besonderer Lehrgang für Studenten findet jährlich an der SED-Parteischule „Franz Mehring“ in Berlin (Ost) statt.

- II. 16. Wie viele DKP- und SEW-Hochschulgruppen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, und wie bestimmt sich ihr politisches Verhältnis zu den Gruppen des MSB Spartakus?

Im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) gibt es etwa 100 DKP- sowie sechs SEW-Hochschulgruppen.

Zum politischen Verhältnis zwischen den DKP-Hochschulgruppen und den Gruppen des MSB Spartakus ist im Verfassungsschutzbericht 1978 ausgeführt:

„Träger der kommunistischen Studentenarbeit war vor allem der MSB Spartakus, dessen Arbeit von den etwa 100 DKP-Hochschulgruppen (1977: 80), denen die an einer Hochschule studierenden und arbeitenden DKP-Mitglieder angehören, angeleitet wird.“

Hieran hat sich seither nichts geändert. In Berlin (West) ist der MSB Spartakus nicht vertreten.

- II. 17. Gibt es auch Nicht-Studenten, die in diesen DKP- oder SEW-Hochschulgruppen mitarbeiten? Gibt es insbesondere Hochschullehrer und Wissenschaftliche Assistenten, die in DKP- oder SEW-nahen oder sonstigen kommunistischen Gruppen innerhalb des Hochschulbereiches organisiert sind?

Die erste Frage ist zu bejahen. Zur zweiten Frage können keine Angaben gemacht werden.

- II. 18. Welchen Einfluß haben an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland die „Basisgruppen“ und die „Spontis“ oder die ihnen politisch verwandten Gruppen? An welchen Hochschulen tauchen diese Gruppen schwerpunktmäßig auf?

Die Basisgruppen tauchen schwerpunktmäßig an den Berliner Universitäten, den Universitäten Bochum, Braunschweig, Frankfurt, Osnabrück sowie an der Gesamthochschule Kassel auf. Die Aufwärtsentwicklung ihres Einflusses in den studentischen Vertretungsorganen ist zum Stillstand gekommen. Auf die Angaben zu I. 2. und 3. wird verwiesen. Der Einfluß der „Spontis“ ist unbedeutend geworden.

- II. 19. Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS)? Ist eine – eventuell projektbezogene – Wiederfinanzierung der VDS aus öffentlichen Mitteln beabsichtigt?

Grundlage der aktuellen Verbandsarbeit der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) ist ihr von der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung im April 1979 verabschiedetes Jahresarbeitsprogramm, das auf der 5. ordentlichen Mitgliederversammlung im Februar dieses Jahres der Entwicklung angepaßt und fortgeschrieben wurde. Tätigkeiten und Stellungnahmen der VDS zur Durchführung ihres Arbeitsprogrammes waren, soweit die Bundesregierung von ihnen Kenntnis erhielt, im wesentlichen hochschulbezogen und an Sachfragen orientiert.

Die Bundesregierung hat ihr Interesse an einem funktionsfähigen Dachverband der Studentenschaften wiederholt betont. Die Kriterien, nach denen die Bundesregierung eine projektbezogene Förderung der VDS beurteilt, sind von ihr mehrfach dargelegt worden (u. a. in der Antwort vom 29. Juli 1975 – Drucksache 7/3898 – zu Frage 4 der die VDS betreffenden Kleinen Anfrage und in der Antwort vom 18. Juli 1977 – Drucksache 8/760 – zum gleichen Betreff). Dabei hat sie darauf hingewiesen, daß es neben anderen Gesichtspunkten vor allem auf die Beurteilung des praktischen Handelns der VDS im einzelnen ankommt. Insofern kann die in der Arbeit des Verbandes eingetretene Entwicklung von Bedeutung sein.

Nach Maßgabe dieser Erwägungen wird die Bundesregierung entscheiden, wenn sich im Einzelfall die Frage der Förderung eines Projekts der VDS stellt. Bisher erfolgt keine Förderung.

- II. 20. Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Teil der studentischen Zwangsbeiträge, die einzelne Studentenschaften an die VDS abführen, zur Finanzierung von privaten Initiativen an baden-württembergischen und bayerischen Hochschulen verwandt werden, und wie bewertet die Bundesregierung diese Vorgänge?

Der Bundesregierung ist – allerdings nicht in Einzelheiten – bekannt, daß die VDS privatrechtliche Zusammenschlüsse von Studenten, die sich an den Hochschulen Bayerns und Baden-Württembergs gebildet haben, unterstützen. Sie sehen darin eine Maßnahme, auf die Wiedereinführung der verfaßten Studenten-

schaft in den genannten Ländern hinwirken zu können. Die Bundesregierung sieht keine Gesichtspunkte, unter denen es den VDS bundesrechtlich verwehrt sein könnte, diesen Zweck zu verfolgen.

- II. 21. Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit und den Einfluß der Organisationen der „Neuen Linken“ und der „Marxistischen Gruppe“ an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland?

Organisationen der „Neuen Linken“, zu denen auch die aus den „Roten Zellen“ hervorgegangenen „Marxistischen Gruppen“ gehören, propagieren die grundlegende Umwälzung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Unter den Organisationen der „Neuen Linken“ an Hochschulen war in den letzten Jahren ein ständiger Rückgang des Einflusses der sog. K-Gruppen und ein Zulauf bei den undogmatischen Gruppierungen festzustellen. Die Gruppierungen der „Neuen Linken“ haben an den Hochschulen annähernd den Einfluß wie MSB und SHB.

- II. 22. Welche militanten Ausländerorganisations gibt es an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, und in welchem Ausmaß sind diese politisch tätig?

Der Bundesregierung sind keine militanten Ausländerorganisationen an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Die „Conföderation Iranischer Studenten-National Union“ (Cisnu) ist seit 1979 nicht mehr militant in Erscheinung getreten.

- III. 1. Gibt es an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland rechtsextreme Bestrebungen oder von Rechtsextremisten unterwanderte Gruppierungen? Wenn ja, welche, an welchen Hochschulen?

Im Bereich des Rechtsextremismus gibt es an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland den im Verfassungsschutzbericht 1978 erwähnten „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB), den an mehreren Hochschulen – mitunter nur mit einem Mitglied – vertretenen Studentenverband der NPD. Ferner wird der Bundesvorstand des „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes“ (ODS) von Mitgliedern des NHB, der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und des rechtsextremistischen „Unabhängigen Schülerbundes“ (USB) beherrscht. Die Mitgliedsgruppen des ODS können allerdings mit Ausnahme der Hochschulgruppe Pommern und des Studentenbundes Schlesien in Göttingen, die beide von einem NPD-Funktionär geleitet werden, nicht als rechtsextremistisch eingestuft werden. Auf lokaler Ebene ist ferner der „Hochschulring Tübinger und Reutlinger Studenten“ (HTS) zu erwähnen.

- III. 2. Welchen Einfluß in der Studentenschaft besitzt der rechtsextreme NPD-nahe „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB)?

Der Einfluß des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) in der Studentenschaft ist unbedeutend.

- III. 3. Gibt es an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland rechtsextreme, bundesweit vertriebene Publikationen, und wenn ja, um welche Organe handelt es sich, und wie hoch ist deren Auflage?

An den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland werden folgende, wegen finanzieller Schwierigkeiten nur unregelmäßig erscheinende rechtsextremistische Publikationen vertrieben:

1. „Deutscher Hochschul-Anzeiger“ (Herausgeber: Hans-Michael Fiedler, Göttingen/Alfeld), geschätzte Auflage: 1000;
2. „Missus“ (Herausgeber: Axel Heinzmann, Wannweil b. Reutlingen), geschätzte Auflage: 500.

- III. 4. Wie viele Studenten der Bundesrepublik Deutschland sind Mitglieder in rechtsextremen Organisationen? Wie viele Studenten gehören linksextremen Organisationen an?

Es läßt sich nicht genau feststellen, wie viele Studenten der Bundesrepublik Deutschland Mitglieder rechts- bzw. linksextremistischer Organisationen sind. Bei den Mitgliedern rechtsextremistischer Organisationen dürfte es sich nach den vorliegenden Erkenntnissen um eine Zahl handeln, die 100 nicht wesentlich übersteigt. Bei der Ermittlung der Zahl der Studenten, die linksextremistischen Organisationen angehören, ergeben sich Ungenauigkeiten insbesondere auf Grund der starken Fluktuation und auch der zum Teil losen Organisationsstruktur im Bereich der „Neuen Linken“. Es ist gegenwärtig von etwa 10 000 bis 12 000 in linksextremistischen Gruppen organisierten Studenten auszugehen.